

Inhalt

A. Vorwort	6
B. Einleitung: Die Entwicklung des Dreiklassenwahlrechts von der Oktroyierung bis zum Beginn des Weltkrieges.	9
C. Der Kampf um die Wahlreform im Weltkrieg.	
I. Abschnitt: Vom Kriegsbeginn bis zum Julierlaß	
a) Der Kriegsbeginn als innerpolitische Wende	18
b) Auswirkungen auf das Wahlrechtsproblem	20
c) Vorarbeiten zur Wahlreform im preußischen Ministerium des Innern	22
d) Die Erörterung der Wahlrechtsfrage unter dem Zeichen des Burgfriedens	33
e) Loebells Presseerlasse und die Thronrede vom 13. Januar 1916	36
f) Entspannung der Wahlrechtsdiskussion unter dem Eindruck der Thronrede bis Ende 1916	42
g) Verschärfung der inneren Lage: Der Einfluß der neuen OHL, die Ernährungsprobleme, das Fideikommißgesetz	44
h) Die Reaktion auf das Fideikommißgesetz und die Wahlrechtsfrage	45
i) Die Herrenhausreden vom 9. März 1917 und ihre innerpolitischen Auswirkungen	50
k) Zuspitzung der Wahlrechtsauseinandersetzung als Folge der russischen Februarrevolution	53
l) Die Schwenkung der nationalliberalen Reichstagsfraktion und die Einsetzung des Verfassungsausschusses; erste parteiinterne Differenzen bei den Nationalliberalen über die Wahlrechtsfrage	55
m) Die Entstehung der Osterbotschaft	58
n) Vorübergehende Entschärfung des Wahlrechtsproblems nach der Osterbotschaft	63
o) Bemühungen und Verhandlungen um ein Pluralwahlrechtskompromiß zwischen den großen Parteien des Abgeordnetenhauses und Innenminister von Loebell. Zweideutige Haltung Bethmann Hollwegs.	65
p) Mißtrauische Reaktion der Linksparteien. Streit um die Auslegung der Osterbotschaft	76
q) Der Pluralwahlrechtentwurf von Loebells vom 18. Juni 1917	79
r) Die Julikrise als Markstein der deutschen Innenpolitik	82
s) Verhandlungen über eine Wahlrechtsinitiative des Reichstages; Drängen der Reichstagsmehrheit auf einen erneuten Wahlrechtsschritt der Regierung	83
t) Die Entstehung des Julierlasses	89
u) Die Reaktion der Parteien auf die Zusage des gleichen Wahlrechts und der Sturz Bethmann Hollwegs	93

II. Abschnitt: Vom Julierlaß bis zum Zusammenbruch

1. Kapitel: Wahlrechtspolitik zwischen Julikrise und Einbringung der Reformvorlagen

- a) Mißtrauen der Mehrheitsparteien gegenüber dem Reformwillen des Ministeriums Michaelis 97
- b) Diskussion und Fertigstellung der Reformgesetzentwürfe im Staatsministerium 103
- c) Die Oktoberkrise: Der Sturz Michaelis' und die Wahlrechtsfrage 112
- d) Die Bildung der Regierung Hertling und die Bemühungen um eine Reformmehrheit im Abgeordnetenhaus durch die Kandidatur Friedbergs 115
- e) Militärisch-konservative Quertreibereien gegen die Einbringung der Vorlagen. Rückenstärkung der Reformgegner durch die OHL 123

2. Kapitel: Die Behandlung der Reformvorlagen im Abgeordnetenhaus

- a) Die erste Plenarlesung: Umriss einer reformfeindlichen Mehrheit. Erbitterung der Linksparteien 127
- b) Der Beginn der Kommissionsverhandlungen und der Ausbruch des Januarstreiks 134
- c) Die Wahlrechtspolitik der Regierung zwischen OHL und Linksparteien . . 140
- d) Die erste Ablehnung des gleichen Wahlrechts in der Kommission am 20. Februar 1918. Die ausschlaggebende Rolle der Rechtsnationalliberalen 143
- e) Das Etatsgesetz: Koppelung und Sicherungen des Zentrums: Verstärkter Druck auf den rechten Flügel der Nationalliberalen 148
- f) Zweite Ablehnung der Regierungsvorlagen im Ausschuß am 11. April 1918. Höhepunkt der Auseinandersetzungen im nationalliberalen Lager. Der Streit um die Auflösung des Landtags und die Ohnmacht der Regierung 155
- g) Wahlrechtsdifferenzen im Zentrum 166
- h) Die zweite Plenarlesung: Der Vertagungsantrag des Grafen Spee. Das Kompromißangebot der nationalliberalen Gruppe Lohmann. Abermalige Ablehnung des gleichen Wahlrechts 172
- i) Veto der OHL gegen die vom Ministerium beschlossene Auflösungsdrohung. Kompromißformulierung stellt die Auflösung völlig in das Ermessen der OHL 176
- k) Ablehnung der Sicherungsanträge des Zentrums. Erneutes Scheitern der Bemühungen um die Stimmen der Gruppe Lohmann 179
- l) Die dritte Plenarlesung: Ablehnung der Zentrumssicherungen und des modifizierten Antrags Lohmann. Mehrheit nicht nur gegen das gleiche Wahlrecht, sondern auch gegen das bislang angenommene Pluralsystem durch die Stimmen der Rechtsnationalliberalen: Die Lücke im § 3 des Wahlgesetzes. 182
- m) Erfolgreiche Bemühungen Heydebrands um Rückgewinnung der fehlenden nationalliberalen und Zentrumsstimmen 186
- n) Die vierte Plenarlesung: Annahme des Heydebrandschen Pluralwahlrechtskompromisses und der Zentrumssicherungen 189
- o) Verstärktes Wiederaufleben der Wahlrechtsdivergenzen bei den Nationalliberalen. Streit um das Wahlrecht auch im Zentrum; die Rolle Kardinal von Hartmanns und der Allerheiligen-Hirtenbrief von 1917 192
- p) Unverändert eingeeengte Bewegungsfreiheit der Regierung in der Auflösungsfrage. Röchling contra Friedberg. Hoffnungen auf die Einsicht des Herrenhauses. Diskussionen im Staatsministerium über die einzuschlagende Taktik. Die fünfte Plenarlesung 198

3. Kapitel: Von der Überweisung der Vorlagen an das Herrenhaus bis zum Zusammenbruch	
a) Innerpolitische Auswirkungen des militärischen Umschwungs im Westen. Verstärktes Drängen der Linksparteien auf baldige Auflösung. Festhalten der Regierung an ihrer bisherigen Taktik des Lavierens. Spekulationen über Wende in der Wahlrechtspolitik.	202
b) Unverändert starre Haltung der Rechten. Schorlemers Gruppenwahlrecht als „Verständigungsvorschlag“ des Herrenhauses. Positive Stellungnahme Ludendorffs. Ablehnung durch Innenminister Drews	206
c) Zögernde Behandlung der Vorlagen im Ausschuß des Herrenhauses. Wachsende Erbitterung der Linksparteien über die Duldung solcher Taktik durch die Regierung. Mißtrauen gegenüber Hertling.	209
d) Kritik an der Regierung im interfraktionellen Ausschuß. Diskussion um die Sicherungsforderungen des Zentrums. Schwierige Lage der Zentrumspartei angesichts fortdauernden Widerstandes des hohen Klerus gegen das gleiche Wahlrecht: Kardinal von Hartmann und der Fall Müller. Unveränderte Frontstellung bei den Nationalliberalen: Stresemann gegen Röchling	212
e) Beschleunigung der Wahlrechtsfrage durch rapide Verschlechterung der militärischen und außenpolitischen Lage. Notwendigkeit einer Verbreiterung der Regierungsbasis und die Bedingungen der Mehrheitsparteien. Starre Haltung Hertlings. Anzeichen einer Verständigungsbereitschaft des Herrenhauses. Der Sturz Hertlings	217
f) Die Verhandlungen um die Regierungsbildung und das Wahlrecht. „Überumpelung“ des Herrenhausausschusses durch die Regierung. Annahme des gleichen Wahlrechts mit Altersstimme	220
g) Verzicht auf die Altersstimme angesichts der militärischen Katastrophe. Landtagsfraktion des Zentrums und der Nationalliberalen jetzt geschlossen für das gleiche Wahlrecht. Bereitschaft der Konservativen zu Stimmenthaltung. Annahme des gleichen Wahlrechts im Plenum des Herrenhauses. Wirkungslosigkeit dieses Erfolges angesichts der revolutionären Entwicklung. Vergeblicher letzter Versuch entspannender Beschleunigung auf dem Wege über den Reichstag	222
 D. Zusammenfassung	
1. Grundlinien der Wahlrechtsdiskussion im Weltkrieg	229
2. Die Wahlrechtspolitik der Regierung	233
3. Die Parteien und das Wahlrechtsproblem im Weltkrieg: Die Sozialdemokratie. Die Konservativen. Die Fortschrittliche Volkspartei. Die Nationalliberalen. Das Zentrum	244
4. Das Wahlrechtsproblem und der Zusammenbruch	260
 E. Quellen- und Literaturverzeichnis	262
 F. Verzeichnis der Abkürzungen	266
 G. Personenregister	267